



Positionen

Informationsblatt der SPD Berliner Mitte
Ausgabe Juni 2018

Berlin, Berlin - wir fahren nach Berlin	2
BER und TXL	4
Die Steuereinnahmen Berlins sprudeln	6
Herausforderungen für die Sportmetropole Berlin	7
Frauentag als Feiertag	10
Hospitation im Gefangenwesen der Polizei Berlin	13
Ein Stück Heimat und Tradition – Zur Zukunft der Fähre F11	16
Alle Menschen sind schwer in Ordnung – Neue Ausweishülle für den Behindertenausweis	17
25 Jahre sportorientierte Jugendsozialarbeit in Berlin	18
Terminankündigung	20

Berlin, Berlin - wir fahren nach Berlin

Wer kennt sie nicht, die schönen Bilder aus dem ausverkauften Stadion, gute Stimmung, meist Klassefußball und Fans, die begeistert sind. Alle sollten die Möglichkeit haben eine solche Stimmung zu erleben. Die Nachfrage nach Karten ist jedoch um ein Vielfaches höher als das Angebot.

Sie denken an die FIFA-Fußball-WM in Russland? Wenngleich es dort eine ähnliche Situation gibt, spreche ich über tolle Fußballabende in Berlins Fünf Sterne Stadion - unserem Olympiastadion, zum Beispiel jährlich beim DFB-Pokalendspiel. Doch dort kommt es häufig auch zu einer ganz anderen Situation: Das Stadion wirkt leer, die Stimmung fehlt. Warum gelingt es der Hertha nicht, in einer wachsenden Stadt auch wachsende Zuschauerzahlen zu gewinnen, um das Olympiastadion zu füllen? So lautete eine der vielen Fragen bei der Präsentation der Stadionpläne im Sportausschuss an die Vertreter von Hertha BSC. Und es folgten eine ganze Reihe weiterer Themen, die für eine Entscheidung der Parlamentarier von großer Bedeutung sind.

Und - wie so oft - geht es dabei ums Geld, um viel Geld und die spannende Frage, was wollen, was können, was müssen wir uns leisten, um unseren Bundesligisten in der Stadt zu halten?

Folgende Varianten müssen diskutiert werden:

Alles bleibt wie es ist - das wird nicht funktionieren - da in den nächsten Jahren umfangreiche Investitionen im/am Olympiastadion notwendig sind.

Umbau des Olympiastadions - wird kostspielig zu Lasten der Steuerzahlerinnen und -zahler und erfüllt dann mit großer Wahrscheinlichkeit immer noch nicht den Vorstellungen von Hertha BSC, die sich ein Stadion nach dem Slogan „Steil, nah, laut“ wünschen. Dabei geben wir Gelder aus, die auch als Investitionen in andere Sportstätten dringend benötigt werden.

Stadionneubau - aus der Sicht von Hertha nachvollziehbar - und mit dem Wunsch verbunden, im Olympiapark zu bauen. Aber brauchen wir ein Stadion neben einem Stadion und wer nutzt das Olympiastadion künftig? Sicher - es ist nicht die Aufgabe von Hertha BSC, sich um eine Nachnutzung zu kümmern, aber ein abgestimmtes Konzept sollte vorliegen. Wir müssen aus den Erfahrungen von München lernen.

Zügig möchten die Vertreter von Hertha BSC die gestellten Fragen u.a. zur Finanzierung des Neubaus, Denkmal- und Lärmschutz, Ersatzbauten für Wohnhäuser und die Bildungsstätte der Sportjugend Berlin, die bei einem Neubau weichen müssen und zur Verkehrsplanung beantworten.

Das wurde den Mitgliedern des Sportausschusses zugesagt und liegt auch im Interesse des Vereins: Es besteht das ehrgeizige Ziel, in nur fünf Jahren das neue Stadion zu präsentieren.

Weil wir unseren Bundesligisten unterstützen und eine gute Lösung für alle wollen, Verein, Fans und Steuerzahler, sollten die politischen Debatten in den zuständigen Gremien nach Vorlage der Fakten ebenfalls weiterhin zeitnah geführt werden. Anschließend muss eine schwierige Entscheidung getroffen werden, die nicht über eine zeitraubende Debatte herausgezögert werden sollte. Dafür ist dieses Thema nicht geeignet und die Lösungsbedarf von zu großem Interesse.

Karin Halsch, MdB

BER und TXL

Am Donnerstag den 14.06.2018 hat das Berliner Abgeordnetenhaus mit seiner Mehrheit aus SPD, Linke und Grüne beschlossen, dass der Flughafen Tegel trotz des Volksentscheids vom September 2017 nach Eröffnung des BER innerhalb von sechs Monaten geschlossen werden muss. Dies war keine leichte Entscheidung denn eine Mehrheit von 56% der abgegebenen Stimmen beim Volksentscheid hatte den Senat aufgefordert zu prüfen, ob der Flughafen Tegel dauerhaft offen bleiben kann.

90 Abgeordnete der Koalition stimmten für die Schließung und 59 Abgeordnete der Opposition stimmten dagegen, damit haben verschiedene Abgeordnete der CDU sich an der Abstimmung nicht beteiligt, da sie die gleiche Auffassung wie die Koalition haben, dass Tegel geschlossen werden muss.

Der Volksentscheid war von der FDP von vornherein so angelegt, dass die Gefahr groß war, dass er nicht durchführbar sein konnte. Statt einen Gesetzesentwurf einzureichen, wurde dem Senat ein Prüfauftrag erteilt. Im Ergebnis haben noch einmal sämtliche betroffenen Senatsverwaltungen eine Für und Wider Abwägung durchgeführt mit dem Ergebnis, dass rechtlich, politisch und wirtschaftlich die Schließung Tegels zwingend ist. Hinzukommen starke umweltpolitische Gesichtspunkte. Der Senat hat den ehemaligen Bundesrichter am Bundesverwaltungsgericht Dr. Paetow mit einer rechtlichen Prüfung beauftragt, die ebenso zum Ergebnis kam, dass die Schließung von Tegel auf Grund der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Genehmigung vom BER unabweisbar ist.

Darüber hinaus hat der Senat mit den anderen beiden Anteilseignern an der Flughafengesellschaft Brandenburg und dem BUND gesprochen, ob sie am Single Airport Konzept festhalten, oder ob sie eine zusätzliche Öffnung von Tegel wollen. Beide Anteilseigner lehnen eine weitere Öffnung von Tegel ab und damit war der Volksentscheid definitiv nicht durchführbar. Dies wusste die FDP von Anfang an aber den Wählerinnen und Wählern wurde „Sand in die Augen gestreut“, denn es ging der FDP nur darum, mit einem einzigen Thema dauerhaft über 5% zu bleiben. Diese rücksichtslose Haltung zu Lasten von 300.000 betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern ist skandalös. Erstaunlich ist es, dass manche Berlinerinnen und Berliner es als unzumutbar empfinden, zu einem neuen Flughafen BER im Durchschnitt eine halbe Stunde länger zu brauchen. Bekanntermaßen fliegt der durchschnittliche Berliner 1 bis 2 Mal im Jahr. Dieser gelebte Egoismus zu Lasten der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern bleibt mir unverständlich.

Das Grundproblem dieser Tegel Abstimmung bleibt aber weiterhin die nicht erfolgte Eröffnung des BER im Juni 2012. Statt einer kompletten Entkernung hat sich die Flughafengesellschaft damals für einen permanenten Reparaturbetrieb des Hauptterminals entschieden. Diese Fehlentscheidung führt dazu, dass die Eröffnung des BERs bis zum heutigen Tage nicht erfolgt ist und frühestens im Herbst 2020 erfolgen wird. Es bleiben Zweifel, ob dies gelingen wird, da für einen Passagierdurchfluss von 27 Millionen Gästen im Jahr die Fluchttreppenhäuser nicht ausreichend dimensioniert sind. Darüber hinaus sind die Entrauchungs- und Sprinkleranlagen zu kompliziert ausgelegt und niemand weiß, ob auf dieser Basis eine Gebrauchsabnahme erfolgen kann.

Es wäre sinnvoll die Kapazität im T1 auf maximal 15 Millionen zu beschränken um sicherer eine Gebrauchsabnahme zu gewährleisten. Die fehlende Kapazität könnte neben der Weiternutzung des Flughafen Schönefeld Alt und dem neuen Terminal T2 durch zusätzliche temporäre (fliegende) Bauten erreicht werden. Hierzu ist die Flughafengesellschaft zurzeit nicht bereit obwohl das Risiko eines erneuten Verschiebens der Eröffnung des BER nicht klein ist. Hinzukommt, dass eine weitere Absage erst Ende 2019 Anfang 2020 getroffen werden würde, was einen erneuten großen Vertrauensverlust nach sich ziehen würde. Ein sogenannter Plan B hätte den Vorteil die Risiken einer erneuten Verschiebung der Eröffnung des BER deutlich zu minimieren.

Die von der Opposition geführte Kapazitätsdebatte am BER hat keine Grundlage, da mit dem Masterplan genügend Spielraum da ist, falls eine weitere Steigerung der Fluggastzahlen wie in der Vergangenheit erfolgt. Ich glaube sowieso innerhalb Deutschlands sollte aus Umweltgründen die Bahn den Vorrang haben.

Jörg Stroedter, MdB

Die Steuereinnahmen Berlins sprudeln

Anfang Mai 2018 hat der Arbeitskreis Steuerschätzungen in Mainz getagt. Das Ergebnis ist sehr positiv. Die Steuereinnahmen, die das Land Berlin zu erwarten hat, erhöhen sich im laufenden und im kommenden Jahr abermals.

Grund dafür ist das günstige wirtschaftliche Umfeld – wie bereits in den Vorjahren. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nimmt zu, die Löhne steigen – und damit auch die Kaufkraft, was zu einer höheren Binnennachfrage beiträgt.

Allein für das Jahr 2018 erhöhen sich die Einnahmen um zusätzliche 520 Mio. EUR auf 22 Mrd. EUR; für 2019 um 560 Mio. EUR auf 23 Mrd. EUR.

Angesichts dieser Zahlen ist auch weiterhin möglich, gleichzeitig Schulden zu tilgen und zu investieren. Die Senatsverwaltung für Finanzen geht fest davon aus, dass es für das laufende Haushaltsjahr 2018 wieder einen Überschuss gibt, von dem ein großer Teil erneut in den Investitionsfonds des Landes, SIWANA, fließt.

Was gibt es zu beachten?

- **Konjunktur.** Die Mehreinnahmen ergeben sich größtenteils auf Grund der günstigen Konjunktur. Die Erfahrung lehrt, dass die Konjunktur zyklisch in Wellenlinien verläuft – ein Trend sich also nicht ewig fortsetzt. Deshalb können die Zusatzeinnahmen nicht für strukturelle Mehrausgaben verwendet werden.
- **Faktor Bund.** Der Bund entscheidet über die Steuereinnahmen des Landes Berlin mit. Die Bundesregierung hat bereits Reformen angekündigt, die bei Bund und Ländern zu empfindlichen Einnahmeausfällen führen werden.

Konsolidierungshilfe. Gegenüber dem Bund hat sich Berlin verpflichtet, bis 2020 sein strukturelles Defizit auf Null zurückzuführen. Im Gegenzug erhält Berlin vom Bund jährlich 80 Mio. EUR als Konsolidierungshilfe gezahlt.

Torsten Hofer, MdA

Herausforderungen für die Sportmetropole Berlin

Berlin ist eine begeisterte Sportmetropole. Viele Berlinerinnen und Berlinern engagieren sich in Vereinen. Unzählige sind darüber hinaus individuell aktiv, gehen joggen oder sind Mitglied im Fitness-Studio.

Sport hilft, gesund zu bleiben und sich fit zu machen. Regelmäßige Bewegung tut allen gut und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die meisten Menschen wissen das, aber manchmal fehlt der Impuls, sich aufzuraffen. Deshalb ist es die Aufgabe von uns als Senat, die Voraussetzungen für adäquate Sportmöglichkeiten zu schaffen. Das beginnt bereits im Kindesalter. Rechtlich gesehen ist Sport sogar „ein förderungs- und schützenswerter Teil des Lebens. Die Teilnahme am Sport ist den Angehörigen aller Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen.“ (Art. 32, Landesverfassung von Berlin)

Dies an allenorten umzusetzen wird in einer rasant wachsenden Stadt zunehmend schwer. Zielkonflikte mit dem natürlich ebenso notwendigen Wohnungsbau und neuen Schul- und Kitaplätzen bleiben leider nicht aus. Herausforderung für die Sportstadt Berlin ist es also, einen gesellschaftlich akzeptierten Einklang zwischen den verschiedenen Interessen zu schaffen. Als Staatssekretär für Sport verstehe ich meine Aufgabe darin, die begrenzten Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen zu sichern und für Vereine und Aktive weiterhin bereitzuhalten. Dabei ist klar, dass wir den hohen Ansprüchen einer sportbegeisterten Stadtgesellschaft auch in Zukunft gerecht werden müssen und ich freue mich, dass wir im aktuellen Doppelhaushalt vom Abgeordnetenhaus bereits zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung gestellt bekommen haben. Dennoch werden wir auch im Sportbereich noch kräftiger und intensiver investieren müssen als bisher – in Flächen, in Personal und in deren Ideen.

Berliner Bäderbetriebe

Eine besondere Herausforderung sind die Berliner Bäderbetriebe (BBB). Der Investitionsstau, der sich in den vergangenen Jahren angehäuft hat, ist enorm und führt immer wieder zu Klagen und Beschwerden. Hallenzeiten entfallen, Badegästen stehen vor verschlossenen Türen oder müssen zu wenigen geöffneten Schwimmhallen ausweichen. Auch die Tarifstruktur war immer wieder in der Kritik. Mit der Preisreform von Anfang 2018 haben die BBB einen ersten Schritt in die richtige Richtung gemacht. Vor allem Gäste, die mit Kindern baden und Stammgäste profitieren. Familien werden entlastet, Mehrfach-

karten gelten nun in allen Bädern und der Preis der Jahreskarte ist gesunken.

Weitere Schwimmhallen werden entstehen, bestehende müssen sukzessive saniert und angebotsorientiert ergänzt werden. Mein Ziel darüber hinaus ist, dass mit dem Berliner Schwimmverband, weiteren Institutionen (z. B. der DLRG) und den Berliner Bäderbetrieben ein Konzept zur Absicherung von Schwimm- und Wasserzeiten entwickelt wird.

Schwimmmeister müssen weitergebildet werden und könnten dann auch weitere Aufgaben übernehmen. Mir ist wichtig, dass wir in ganzheitlichen Konzepten denken.

Olympiapark Berlin vs. Denkmalschutz

Auch die Bewirtschaftung des Olympiaparks im Herzen Charlottenburgs ist mir ein wichtiges Anliegen. Kaum eine Stadt der Welt, verfügt über ein so komplexes Sportangebot gut angebunden, mitten im Zentrum. Gerade beim olympischen Schwimmbad wünsche ich mir, dass die Sportinteressen stärker vom Denkmalschutz berücksichtigt werden. Hier sind vor allem kreative, aber vor allem nutzungsorientierte Lösungen gefragt. Denn kein Berliner und keine Berlinerin hat etwas davon, in einem riesigen Freilichtmuseum zu wohnen, wenn nicht gleichzeitig Angebote zur Erholung und für Sport- und Freizeitaktivitäten vorhanden sind.

Vom Hobbysportler bis zum Profi

Es gibt noch viele weitere Punkte, die ich hier aufzählen könnte: Unser aktuelles Programm „Stark im Park“ ermöglicht es, im Sommer kostenfreie Sportangebote im Freien zu nutzen (Infos: www.starkimpark.berlin.de).

Im August erwarten wir mit der Leichtathletik-EM und der Para Leichtathletik-EM erneut ein Sportevent von internationaler Größe, neben der Fußball-WM das wichtigste Sportereignis in diesem Sommer. Erstmals holen wir die Leichtathleten aus dem Stadion in die City! Am Breitscheidplatz finden die Vorausscheidungen im Kugelstoßen statt, an den Abenden werden die Siegerinnen und Sieger geehrt. Die Marathon- und Geher-Wettbewerbe werden an der Europameile gestartet. Ich freue mich schon sehr auf diese EM, die eingebettet ist in die European-Championships in Glasgow. Am 7.12.2018 wird eine „kulturelle Brücke“ zwischen Glasgow und Berlin gebaut. Die Universität der Künste wird auf der Europäischen Meile auftreten und zeitgleich wird die

Partnerhochschule „Royal Conservatoire of Scotland) in Glasgow ein Konzert geben. Sport und Kultur verbindet Menschen.

Europa wird in der Zeit seine Augen auch auf unser 5 Sterne-Stadion werfen, welches wir lieben, aber auch fortwährend Instand halten müssen. Konzepte für ein fußballaffines Flair im Berliner Olympiastadion haben wir vorgelegt – hier ist Hertha BSC am Zug. Die Erfolge unserer Profiklubs zeigen zudem: Die Sportmetropole Berlin ist breit im Spitzensport aufgestellt.

Ich freue mich vor allem, dass die Stadt gerade im Bereich des Sports davon profitiert, dass sich Menschen füreinander einsetzen. Das ehrenamtliche Engagement ist vorbildlich und muss durch Politik befördert werden. Wo Hürden sind, muss Politik mit Augenmaß und verantwortlich handeln, und Verwaltung helfen, sie zu überwinden. Das ist mein Verständnis von guter Verwaltung. Und ich bin sicher, dass wir so Berlin als erfolgreiche Sportmetropole erhalten und weiterentwickeln.

Aleksander Dzembritzki, Staatssekretär für Sport

Frauentag als Feiertag

Auf dem SPD-Landesparteitag haben wir beschlossen: Berlin braucht einen zusätzlichen Feiertag. Berlin hat neun Feiertage und hat damit die wenigsten Feiertage aller Bundesländer.

Doch welcher Tag eignet sich dafür am besten? Viele Tage wurden genannt. Der 8. Mai (Tag der Kapitulation), der 27. Januar (Auschwitz-Befreiung) oder auch der 18. März (Revolution von 1848) und der 17. Juni (Aufstand in der DDR). Ohne Zweifel – all die genannten historischen Wegmarken unserer Geschichte wären für einen Feiertag geeignet.

Als ich am Sonntag nach dem Parteitag einen Spaziergang machte, kam mir die Idee. Der 8. März - der Internationale Tag der Frauen oder auch Weltfrauentag genannt - **drängt sich aus meiner Sicht geradezu auf**. Es wäre ein richtig guter Feiertag, an dem man 51 Prozent der Bevölkerung würdigt für das, was sie jeden Tag tun.

Weltweit steht dieser Tag dafür, den Frauen Respekt und Anerkennung für ihre Leistungen, Aufopferung und Arbeit zu bekunden.

Der 8. März als Feiertag wäre ein ganz starkes Zeichen – ein Zeichen des Dankes genauso wie der Mahnung. Dank für die Leistungen und Opfer, die Frauen in Deutschland für unsere Gesellschaft erbracht haben und weiterhin erbringen. Mahnung, nicht nachzulassen in dem Bemühen um Gleichberechtigung, Gleichstellung und Gleichbehandlung von Frauen – hier und wo immer dieser Kampf notwendig ist.

Der Frauentag wird weltweit begangen. Er ist aber nur in rund 25 Ländern ein gesetzlicher Feiertag. In China ist der Nachmittag für Frauen arbeitsfrei. Bei uns in Deutschland müssen die Frauen an diesem Tag arbeiten.

Vor 100 Jahren - am 8. März 1918 - wurde das Frauenwahlrecht in Deutschland eingeführt. 1919 durften die Frauen in Deutschland zum ersten Mal ihr Wahlrecht wahrnehmen. Im nächsten Jahr feiern wir das 100-jährige Jubiläum.

Die Einführung eines internationalen Frauentages geht auf einen Vorschlag von Clara Zetkin zurück. Vermutlich stammte aber die Idee, einen nationalen Kampftag für das Frauenstimmrecht ins Leben zu rufen, aus den USA. Die US-Amerikanerin May Wood-Simons transportierte die Idee zu einem solchen Tag nach Europa, in die dänische Hauptstadt Kopenhagen.

In den Jahren des NS-Regimes 1933-1945 wurde der Internationale Frauentag offiziell verboten. Er wurde 1946 von der DDR und auch in der Bundesrepublik wieder eingeführt. Als Finanzstaatssekretärin in Berlin habe ich „meinen“ Frauen in der Senatsverwaltung immer am 8. März Rosen überreicht. Am Nachmittag gab es dann ein Glas Sekt zum Anstoßen. Eingeschenkt von den männlichen Kollegen. Es war immer ein ganz besonderer Tag für uns alle.

100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland könnte der Senat von Berlin damit ein ganz starkes Signal setzen – indem er den 8. März zum Feiertag erklärt. Das Signal wäre ein doppeltes– einmal als Aufforderung und Appell für die Zukunft, weiter hart auf die völlige Gleichberechtigung hinzuwirken. Und es wäre ein Signal mit nationaler Wirkung: Denn Berlin wäre das erste Bundesland, das den Frauen auf diese Weise Anerkennung, Respekt und Achtung erweist.

Ich war ganz überwältigt, dass meine Idee, den Frauentag zum Feiertag zu machen, sofort auf große Resonanz gestoßen ist. Schon am nächsten Tag berichteten alle großen Berliner Zeitungen, der RBB und Spreeradio von dieser Idee. Ich bekam viele Telefonanrufe, E-Mails – indem mich alle bestärkten, diese Idee auf alle Fälle weiterzuverfolgen und auf change.org die Petition an den Berliner Senat – **Frauentag zum Feiertag!** - zu starten.

Als Erstunterzeichnerinnen haben aus unserer Fraktion sofort unterschrieben:

Derya Caglar, Mda,

Ina Czyborra, Mda,

Karin Halsch, Mda,

Maja Lasic, Mda,

Melanie Kühnemann, Mda,

Bettina Domer, Mda

und

Susanne Fischer, Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) Berlin sowie ihre beiden stellvertretenden Vorsitzenden Sasa Raber und Anja Gerecke, und

Nicole Bienge, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) Marzahn-Hellersdorf,

Ulrike Rosensky, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF), Pankow,

auch

Brigitte Lange, Mitglied des Rundfunkrats Berlin-Brandenburg,

und von den anderen Fraktionen haben mehrere Abgeordnete sofort gefragt ob sie als Erstunterzeichnerinnen unterschreiben dürfen:

Inge Hannemann (Die LINKE),

Katrin Schmidberger, Mda (Bündnis 90/Die Grünen),

sowie

Lea Brunn, Bundesvorstand DiB (Demokratie in Bewegung),

Jeannette Gusko, Regional Manager GoFundMe,

aus den Bezirksverordnetenversammlungen:

Liane Ollech, Mitglied der BVV Marzahn-Hellersdorf (SPD),

Nicole Borkenhagen, Mitglied der BVV Reinickendorf (SPD),

Bei Redaktionsschluss waren es fast 20.000 Bürgerinnen und Bürger die die Petition im Internet unterzeichnet haben - und es werden von Minute zu Minute mehr.

Darunter Frauen und Männer – Mitglieder der SPD, vom Bündnis90/Die Grünen, den Linken, der CDU – Abgeordnete und vor allem auch ganz viele parteilose Bürgerinnen und Bürger. So auch Karl-Heinz Granitza (ehemaliger Fußballer bei Hertha BSC, Chicago Sting und Scout beim FC Chelsea), Tanja Wielgoß, Vorstandsvorsitzende der BSR, Heidemarie Fischer, Vorsitzende der AG60+ in der SPD.

Dieses riesige Echo zeigt mir, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir bitten euch alle, diese Petition auch zu unterstützen.

Iris Spranger, Mda

Hospitation im Gefangenenwesen der Polizei Berlin

Am 02.03.2018 hospitierte ich von 6 Uhr bis 17:30 Uhr im Gefangenenwesen der Polizei Berlin am Tempelhofer Damm. Im Oktober 2017 absolvierte ich dort bereits einen Besuch gemeinsam mit dem Personalrat vor Ort. In dieser Begleitung einer 12-Stunden-Schicht ging es im Besonderen darum, die Abläufe und den Arbeitsalltag besser kennenzulernen.

Dabei habe ich motivierte Angestellte und Beamt/innen erleben können. Der Job hat inner- und außerhalb der Behörde mit vielen Vorurteilen zu kämpfen. Zusammenfassend lässt sich über das Gefangenengewahrsam sagen, dass dort „die ganze Palette“ vertreten ist – vom Ladendieb bis hin zum IS-Gefährder. Die Mitarbeiter/innen leisten eine hochprofessionelle Arbeit. Leider gehören Angriffe und Beleidigungen der Inhaftierten genauso zum Alltag, wie das Bitten und Betteln um Selbstverständlichkeiten. Der Sanitärbereich für die Angestellten und Beamten/innen sowie der Insassen entspricht nicht dem Standard im Jahr 2018. Auch die Beschaffung weitere Hygieneartikel lässt zu wünschen übrig.

Während meiner Hospitation lernte ich die Gefangenessammelstelle sowie das Gewahrsam kennen. Darüber hinaus erhielt ich Einblick in den Bereich der Justiz für die sogenannten Schnellverfahren. Es ist sichtbar und spürbar, dass in den letzten 20 Jahren nicht wirklich Personal im Gefangenenwesen eingestellt wurde. Auch gibt es noch den alten Wechseldienst mit einer Dauer von 12 Stunden. Ebenso gibt es Ungerechtigkeiten beim Wechsel vom Zentralen Objektschutz (ZOS) zum Gefangenenwesen. Das äußert sich unter anderen darin, dass in diesem Fall nur nach E6 und nicht nach E8 bezahlt wird.

Externe Ärzte kümmern sich um die eingelieferten Personen. Entweder kommen Beamt/innen eines Abschnitts, eine Hundertschaft oder das Sondereinsatzkommando (SEK). Die eingelieferten Personen werden jeweils zweimal kontrolliert. Die Kontrolle erfolgt sehr gründlich, weil man immer davon ausgehen muss, dass die Menschen Waffen, Messer oder Rasierklingen dabei haben könnten. Alle persönlichen Gegenstände werden erfasst und kommen in die sogenannte Effekte-Kammer. Jede Person kann und darf nur 48 Stunden festgehalten werden. Dabei zählt die Festnahmezeit und nicht die Annahmezeit. Innerhalb der Gefangenessammelstelle und des Gewahrsams gibt es bei den Bediensteten keine Waffen. Sollte eine Person die Angestellten oder Beamt/innen

angreifen, so müssen zusätzliche Unterstützungskräfte angefordert werden. Einige Personen kooperieren, andere widersetzen sich mutwillig jeder Maßnahme. Deshalb muss jede Einbringung individuell betrachtet und durchgeführt werden.

Das Gericht hat vor Ort eine Zweigstelle eingerichtet und ich konnte mir zwei sogenannte Schnellverfahren anschauen – gegen einen Moldawier und gegen einen Polen. Das erste Verfahren konnte zügig durchgeführt werden, weil sich herausstellte, dass die betroffene Person eine Meldeanschrift in Brandenburg hatte. Im zweiten Verfahren ging es darum, dass der Verdächtige in einem Baumarkt Waren im Wert von etwa 200 Euro gestohlen haben sollte. Besonders tragisch war, dass der Mann ausgerechnet an diesem Tag Geburtstag hatte und keinen Wohnsitz in Deutschland nachweisen konnte. Die Anwaltschaft forderte in seinen Fall auf eine Strafe, die mit 30 Tagessätzen je 5 € belegt wurde. Die Richterin entsprach dieser Forderung. Die Einstellung des Beschuldigten war überraschend. Er sagte „Ich will in den Knast!“ Er war enttäuscht über das Urteil und wurde noch am selben Tag entlassen.

Ehe die Verhandlung begann kam es zu einer skurrilen Situation. Ein Polizeibeamter begleitete mich in den Gerichtssaal. Die Richterin sah uns und forderte mich auf, vor ihr Platz zu nehmen, da sie mich für den Beschuldigten hielt. Zum Glück intervenierte der Beamte und klärte die Situation auf. Der Richterin war es etwas peinlich, doch letztlich konnten wir alle über diesen Fehler schmunzeln.

Im Verhandlungsraum neben uns saß ein 49-jähriger Mann, der beim Schmuggel von knapp 400 Kilogramm Kokain erwischt wurde. Die Verlesung seines Strafantrages fand jedoch nicht öffentlich statt. Das SEK brachte an diesem Tag auch einen Gefährder zum Tempelhofer Damm, welcher am Nachmittag in Berlin festgenommen worden war. Es war für mich befremdlich festzustellen, dass ein Gefährder durch ein Sonder-einsatzkommando eingeliefert wird, die Beamt/innen vor Ort jedoch im weiteren Verlauf ohne jegliche Schutzausstattung für 48 Stunden mit ihm umzugehen haben. Ich denke, dass wir diesen Zustand zügig anpacken und verbessern müssen. Stellen wir uns doch vor, dass ein 60-jähriger Angestellter einem IS-Kämpfer mit entsprechender Ausbildung gegenübersteht. Es braucht wenig Phantasie um sich vorzustellen, dass es so schnell zu einer einer lebensbedrohlichen Situation kommen kann.

Auch die Sicherheitsschleuse und das enge Treppenhaus entsprechen nicht wirklich den aktuellen Sicherheitsstan-

dards. So müssen die Betroffenen zum Beispiel in das Gewahrsam gebracht, damit sie später in die U-Haft gebracht werden können. Dies ist kein einfaches Unterfangen – unabhängig davon, ob es sich um einen Ladendieb oder einen mutmaßlichen Mörder handelt. Die Beamt/innen und Angestellten erleben an diesem besonderen Arbeitsplatz Dinge, welche kaum oder nie öffentlich werden. Die Arbeitsbedingungen sind nicht optimal, aber die Führungskräfte und Mitarbeiterschaft machen das Beste daraus. Das verdient Respekt und Anerkennung. Das muss sich auch durch die Arbeit des Parlaments viel deutlicher als bisher zeigen. Ich bin dankbar dafür, die Mitarbeiter/innen dort kennengelernt zu haben und für die Einblicke, die sie mir während dieser Hospitation ermöglicht haben.

Tom Schreiber, MDA

Ein Stück Heimat und Tradition – Zur Zukunft der Fähre F11

Mein Sohn und ich sind gern im Plänterwald unterwegs. Ich vorn auf dem Fahrrad und er hinten auf dem Kindersitz. Nach der Kita oder am Wochenende gibt es dort immer ein Ziel, dass es sich lohnt anzusteuern. Wenn es heiß ist, wird die Plansche angefahren, wenn er sich austoben will, geht es zum Waldspielplatz und wenn wir das Wasser sehen wollen, geht es auf unsere Fähre F11.

Für uns ist die Fahrt mit der ältesten Fähre Berlins ein kleiner Ausflug. Nur der Eisstand fehlt. Mit der Fähre von Oberschöneweide nach Baumschulenweg zu fahren ist für viele Menschen ein Bestandteil des Alltages. Sie ist Teil der Arbeitswegs, des Weges zum Bäcker oder zum Supermarkt. Sie ist Tradition und Heimat.

Zum Ende des vergangenen Jahres sollte die Fähre eingestellt werden. Schließlich wurde die neue Spreebrücke eingeweiht. Eine Bürgerinitiative und ich verhinderten die Einstellung und kämpfen seitdem für den dauerhaften Erhalt. Wie es aussieht mit Erfolg. In den kommenden Wochen und Monaten wird sich entscheiden, ob wir es geschafft haben.

Raed Saleh, Fraktionsvorsitzender der SPD, und Oliver Igel, Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick, sind prominente Unterstützer. Unterstützen auch Sie unsere Fähre und nutzen Sie sie in den kommenden Monaten für einen Ausflug. Vielleicht treffen wir uns ja.

Lars Düsterhöft, MdA

Alle Menschen sind schwer in Ordnung – Neue Ausweishülle für den Behindertenausweis

Da ist er, mein "schwer in Ordnung Ausweis". Und ich bin stolz darauf, denn jeder Mensch ist schwer in Ordnung.

So sah das auch eine 14-jährige Schülerin mit Down-Syndrom aus Schleswig-Holstein, die sich durch die Bezeichnung ihres Schwerbehindertenausweises diskriminiert fühlte. Sie entwickelte die Idee und erstellte gemeinsam mit Ihrer Lehrerin die erst Hülle. Die Idee fand viel positive Resonanz in den sozialen Netzwerken und erhielt Aufmerksamkeit quer durch die Medienlandschaft.

Nun können alle Menschen mit einem Handicap und einem entsprechenden Ausweis die Hülle beim Landesamt für Soziales und Gesundheit erhalten.

Damit schließt sich Berlin dieser „nichtamtlichen“, von Schwerbehinderten initiierten, bundesweiten Aktion an. Die „Schwer-in-Ordnung-Ausweis“-Hülle kann auf Wunsch durch ein formloses Schreiben (auch per Email) oder telefonisch beantragt werden. Sie wird kostenfrei abgegeben, an den Absender verschickt oder kann abgeholt werden.



Lars Düsterhöft, MdA

25 Jahre sportorientierte Jugendsozialarbeit in Berlin

Auf Initiative der Sportjugend Berlin (SJB) sind 1993 im Rahmen des damaligen **Sonderprogramms des Abgeordnetenhauses „Jugend mit Zukunft – gegen Gewalt“** Projekte der sportorientierten Jugendsozialarbeit entstanden. Die SportJugendClubs, MädchenSportZentren, Mobilen Teams und das Projekt KICK – Sport gegen Jugenddelinquenz engagieren sich insbesondere für sozial benachteiligte junge Menschen und nutzen die sozialisierende und integrierende Funktion des Sports. Diese von der Senatsjugendverwaltung geförderten **Projekte der sportorientierten Jugendsozialarbeit sind mittlerweile wegweisend in Deutschland.**

In diesem Jahr feiern sieben Standorte ihr 25jähriges Bestehen - den Auftakt machte am 08.03.2018 der SportJugendClub ARENA in Köpenick in Anwesenheit von Bezirksbürgermeister Oliver Igel, gefolgt vom SportJugendClubs Buch am 09.06.2018 mit einem Sommerfest sowie dem SJC Reinickendorf mit dem Schwerpunkt Klettern und dem SJC Prenzlauer Berg am 21.06.2018 mit einer eigenen "Fete de la Music".

Das MädchenSportZentrum KreaFithaus in Lichtenberg begang am 19.04.2018 sein 25jähriges Jubiläum und wurde dabei mit dem GUT-DRAUF-Zertifikat der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ausgezeichnet. Das PROjekt Erlebnissräume und das Streetball-Team werden zu einzelnen Aktivitäten noch gesondert einladen.

Die **Sportjugend Berlin (SJB)** ist also weitaus mehr als „nur“ die Jugendorganisation des Berliner Sports - **die Sportjugend Berlin ist der größte Jugendverband** (gem. § 75 SGB VIII) **im Land Berlin** und darüber hinaus in den **Themenfeldern Kita, Schule und Bildungsarbeit aktiv.**

Aktuell sind wir mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie **im Gespräch für das neue Sonderprogramm** (im Haushalt 2018/19) für **(Profi-)Sportvereine in Kitas.** Weiterhin beschäftigt uns die **aktuelle Debatte um den Stadionneubau von Hertha BSC** – da hier nach den vorliegenden Plänen die **Bildungsstätte der Sportjugend Berlin direkt -durch Abriss- betroffen** wäre.

Es gibt also viel zu tun für den (Kinder- und Jugend-) Sport in dieser, unseren Stadt Berlin.

Steffen Sambill, Vorsitzender der Sportjugend Berlin



Terminankündigung

Am **Mittwoch, den 12. September 2018 um 18:30 Uhr** findet eine **Veranstaltung** der *Berliner Mitte* im Berliner Abgeordnetenhaus zum **Thema „Einzelhandel und Ladenschluss“** statt – unter anderem mit *Herrn Nils Busch-Petersen, Hauptgeschäftsführer des Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. (HBB)* sowie *einem Kirchenvertreter*.